

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Ge. d. Fertige (Hr. der Monat: eine d. J.) | Einlieferung: 10. d. Monat mit 5 Ge. d. Fertige  
gebührt für Zustellung Es ist um Postbezugs zu Hilfe | Das einzelne Exemplar kostet 10 Pfennige. Post: extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 13. April 1924

Nummer 33

## An unsere Mitglieder!

Vom Reichsarbeitsminister Herrn Dr. Brauns waren heute mittag die beiden Parteien in der Lohnstreitsache zu Verhandlungen geladen. Nach gesonderter Anhörung der beiderseitigen Vertreter durch den Herrn Minister wurde von diesem die nachstehende Entscheidung getroffen:

Der Reichsarbeitsminister  
III (IV) C 2205

Berlin NW 40, 11. April 1924.

Betrifft: Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 2. April 1924 im Lohnstreit im Buchdruckgewerbe.

Über den Schiedspruch vom 2. April 1924 im Lohnstreit im deutschen Buchdruckgewerbe haben, wie üblich, Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. In diesen Verhandlungen haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, für die Zeit vom 3. bis 31. Mai d. J. einen Spitzenwochenlohn von 31,50 M. zu zahlen, und zwar in den Fällen, in denen 48 Stunden wöchentlich gearbeitet wird.

Aus den nachstehenden Gründen und unter Berücksichtigung des Zugeständnisses der Arbeitgeber wird der Schiedspruch vom 2. April 1924, der unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters gefaßt worden ist, gemäß Artikel I § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt.

Der Schiedspruch sieht für die höchste Ortsklasse eine Erhöhung des Wochenlohns bei 48stündiger Arbeitszeit von 27 auf 30 M. vor, für die übrigen Ortsklassen entsprechend der Regelung der bisherigen Abstufung. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Buchdruckgewerbe ist diese Lohnerhöhung gerechtfertigt, sie stellt sich aber auch als das auf dem Boden eines zentralen, für ganz Deutschland geltenden Tarifvertrags Erreichbare dar. Die im Schiedsprüche vorgeschlagene Lohnerhöhung erscheint auch für die Arbeitnehmer tragbar, und zwar um so mehr, als die Arbeitgeber sich in den Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium zu oben erwähnten Zugeständnissen bereit erklärt haben.

Da eine friedliche Beilegung des Streites im öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist, mußte die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen werden.

geg.: Dr. Brauns.

Mit der vorstehenden Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ist nun in unserm Lohnstreit die letzte Entscheidung gefallen. Zu einem Zeitpunkt, in dem sich das Gewerbe in bester Konjunktur befindet, und in dem infolge einer überspannten Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins glänzende Gewinne gemacht werden, hat der Reichsarbeitsminister einen unzulänglichen Schiedspruch zum Lohngesetz erhoben. Wir sind dagegen machtlos; denn die Organisation ist durch die Verbindlichkeitsklärung an den Schiedspruch gebunden und ist nun gezwungen, an die Gehilfenschaft die Aufforderung zu richten, sich auch ihrerseits dem Schiedspruch zu unterstellen. Die Verantwortung für die dauernde Beunruhigung des Buchdruckgewerbes liegt infolge der von den Unternehmern verfolgten kurzfristigen Lohnpolitik nicht auf uns.

Wenn gegenüber allen Bemühungen des Verbandsvorstandes das Ergebnis für die Gesamtheit unbefriedigend geblieben ist und die aus den Mitgliedschaften impulsiv hervorgegangene Bewegung nun abgebrochen werden muß, so ist daraus doch mit zwingender Notwendigkeit die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Organisation mit allen Kräften und Mitteln gestärkt werden muß, um allen Erfordernissen der Zukunft und den sicherlich noch weiter in verstärktem Maße aufstretenden Schwierigkeiten gewachsen zu sein.

Berlin, 11. April 1924.

Der Verbandsvorstand

## Zum Abschluß des Lohnkampfes

Der Beginn unserer jüngsten Lohnbewegung, die durch den vorangehenden, für beide Teile rechtssverbindlichen Entschluß des Reichsarbeitsministers einen gewissen Abschluß erhält, reicht eigentlich bis zum Monat Dezember vorigen Jahres zurück. Die Bemessung des Goldlohnes der Buchdrucker durch den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 23. November v. J. auf 27 Goldmark bis 31. Dezember 1923 entsprach durchaus nicht dem damaligen Stande der Lebenshaltungskosten. Aus diesem Grunde wäre scharflich von der Gehilfenvertretung schon bei den Verhandlungen über die Schaffung des neuen Manteltarifs Mitte Dezember ein Vorkoh zu einer Lohnerböhung unternommen worden, wenn diese Verhandlungen nicht vorzeitig zum Abbruch gelangt wären. In erneuten Verhandlungen, die auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums am 10. Januar v. J. stattfanden, kam dann mit der bekannten Vereinbarung über die Festlegung der Arbeitszeit in der Lohnfrage lebhaft eine Bestimmung zustande, wonach es für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Februar bei der bislang gültigen Lohnrealung verbleiben sollte. Am 31. Januar fanden abermalige Lohnverhandlungen in der Tarifkommission statt, für die von der Gehilfenvertretung eine Heraushebung des Spitzenlohnes von 27 auf 30 Goldmark gefordert wurde, während von Prinzipalsseite eine allgemeine Lohnherabsetzung von 20 Proz. verlangt wurde. Nach umständlichen Beratungen wurden sich beide Parteien dahin schlüssig, den geltenden Lohn bis zum 1. März unverändert weiterbestehen zu lassen. In den Verhandlungen der Tarifkommission am 27. Februar über die Lohnfrage wurde von der Gehilfenvertretung, nach der inzwischen erfolgten Herabsetzung der Ortszuschläge für eine Reihe von Städten, eine Erhöhung des Spitzenlohnes auf 33 Goldmark beantragt, wogegen die Prinzipale an dem Antrage eines 20prozentigen Lohnabbaues noch immer festhielten. Es kam im Laufe der Verhandlungen zwar zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen, aber zu keinem positiven Resultat. Die Verhandlungen scheiterten vielmehr und es wurde deshalb das Reichsarbeitsministerium von Gehilfenseite um die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses gebeten. Der am 1. März nach ergebnislosen Einigungsverhandlungen von dem befehligten Schlichter gefällte Schiedsspruch lautete wiederum auf Beibehaltung der bisherigen Lohnrealung bis einschließlich 28. März.

Dann kam es zu den neuen Lohnverhandlungen am 28. März, am 2. April und schließlich am 8. April. Immer gespannter wurde die Situation, immer mehr schon brachen örtlich oder betrieblich Brände aus. Für das Ende der zweiten Aprilwoche stand die Verallgemeinerung des Lohnkampfes zu erwarten. Denn aus dem Lohnstreit war schon ein Lohnkampf geworden. Die in der vorigen Nummer und in dieser Nummer gegebenen Überblick lassen diese Begriffsanwendung zu. Es muß allerdings gesagt werden, daß auch auf Prinzipalsseite Zustimmung zum offenen Kampfe bereits eingetreten war. Die unter dem 9. April in Leipzig für den 11. April decretierte Aussperrung und die in Erfurt schon im Ganzen befindliche beweisen das.

Am 11. April, morgens, brachten Tageszeitungen verschiedener Richtungen eine heftige Klage gegen den Reichsarbeitsminister, daß er in seinem Wahlkreise herumreise, anstatt in einer für die gesamte Öffentlichkeit so ernstlichen Situation, wie sie durch einen vor dem Ausbruch stehenden allgemeinen Lohnkampf im Buchdruckgewerbe doch gegeben ist, in Berlin auf seinem Posten zu sein. Daran war zu erkennen, daß die Presse alles Interesse daran hatte, den Kampf doch noch vermieden zu sehen. Die „Vollstündige Zeitung“ in Berlin hatte am 10. April diesem begreiflichen Wunsch den Dreh gegeben: „Es sollte auch nicht so schwer sein, hier eine Verständigung zu finden, da es ein ziemlich offenes Geheimnis ist, daß weder die Arbeitgeber noch die Gehilfen Neigung haben, es zu einem Arbeitskampfe kommen zu lassen. Es handelt sich wohl mehr darum, in den Verhandlungen (vor dem Reichsarbeitsminister. Red. des „Korr.“) das richtige Wort zu finden, um in gegenseitigem Entgegenkommen eine Verständigung auf mittlerer Linie zu erreichen.“

Das Ding war so gefälscht geschauelt; der Wunsch konnte hier durchaus als der Vater des Gedankens gelten. Von Verständigungswillen und Entgegenkommen ist jedoch bis zur letzten Minute vor der Entscheidung auf der Gegenseite offiziell gar nichts zu merken gewesen. Unser Leitartikel in voriger Nummer hat das an dem Verlauf der Verhandlungen am 8. April ganz klar gezeigt. Die „Zeitschrift“ vom 8. April, die uns mit einem unerhörten Vorwurf gegen die Gehilfenvertretung nachfolgend in einem besonderen Artikel beschuldigt, hoch sich über die Gehilfenforderung und über die derzeitigen Gehilfenlöhne in so abstrakt ablehnendem und alle Tatsachen blind ignorierendem Sinne aus, daß nicht das geringste mehr erwartet werden konnte. Von „sämtlich übertriebenen Forderungen der Gehilfenchaft“ zu sprechen und nur immer die „durch neue Lohnerböhung drohende Gefahr einer neuen Periode der Inflation“ an die Wand zu malen, da mußte es doch als ausgeschlossen gelten, daß auch nur noch ein Wenig Vornehmung von der Prinzipalität angestanden werden würde.

Wir schließen uns den Vorwürfen gegen den Reichsarbeitsminister nicht an. Dr. Brauns hat sich schon so oft für die Erhaltung des gewerblichen Friedens bei den Buchdruckern eingesetzt, daß er mehr nicht tun kann. Er ist doch nicht nur da, um sich mit unsern hochbeinigen Unternehmern herumzuschlagen. Gewiß mußte er sich in diesem Ernstfalle erst recht mit seiner ganzen Autorität und Kraft einsetzen. Aber es lag doch an der Prinzipalsleitung, eher zur Einsicht zu kommen. Das draußen im Reich, und namentlich in mittleren und kleineren Provinzorten, die Bewilligungen jetzt viel schneller und zahlreicher kamen als in den Großstädten, weist doch deutlich darauf hin, daß der Widerstand mehr aus den Großstädten gekommen ist. Die Organisationsdiktatur hat über die gesunde gesellige Vernunft gesetzt! Der Reichsarbeitsminister wird bei der Verhandlung am 11. April alles versucht haben, die vom Deutschen Buchdrucker-Verein beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs vom 2. April mit einer materiellen Erweiterung zu verbinden, die dem so tapfer geltend gemachten gehilfenseitigen Verlangen mehr entsprochen haben würde, es ist ihm aber nicht gelungen. Wir bedauern das. Für die Rückkehr zum gewerblichen Frieden wäre es vorteilhafter gewesen, wenn etwas über 31,50 M. Spitzenlohn hätte hinausgedrungen werden können. Die restlose Erreichung der 35 M. wäre wohl kaum gelungen, auch auf dem Wege des Kampfes nicht. Die Aufstellung einer Forderung ist ja niemals gleichbedeutend mit ihrer vollen Durchsetzung.

Dem Antrage des DBV. auf Verbindlichkeitserklärung konnte der Reichsarbeitsminister in diesem Falle nicht ausweichen. Daß es ihm aber gelang, für die Zeit vom 3. bis Ende Mai den Spitzenlohn um 1,50 M. zu erhöhen, bedeutet doch noch Zurückweichen des DBV., höchstwahrscheinlich wesentlich auch durch das Verlangen der Zeitungsbesitzer herbeigeführt, die ja vielfach schon die 35 M. bewilligt hatten, freilich zumeist mit dem Vorbehalt, daß die nach dem Lohnkampf ja doch kommende zentrale Regelung maßgebend sein solle als tariflicher Lohnsatz. Die Verhandlungen am 8. April im Reichsarbeitsministerium liehen mit ihrem vollständig negativen Ausgange jedenfalls eine Erhöhung des Spitzenlohnes von 30 auf 31,50 M. ab 3. Mai nicht mehr erwarten; das Auftreten der Prinzipalsführung schloß das ganz aus. Nunmehr hat in den Fällen, wo seit dem 29. März noch nicht gemäß dem Spitzenlohn von 30 M. gelöhnt worden ist, Nachzahlung zu erfolgen. Die Prinzipalität hat bei den Verhandlungen am 11. April auch erklärt, daß sofort Maßnahmen hinausgegeben werden, Aussperrungen und andre Kampfmaßnahmen rückgängig zu machen. Für die Gehilfenseite gilt das gleiche bezüglich der Kündigungen oder Arbeitseinstellungen usw. Sind für uns Gehilfen auch die Erwartungen nicht völlig in Erfüllung gegangen, so ist doch nachdrücklich zu sagen: Wenn es unter dem Druck der allgemeinen autage getretenen Unzufriedenheit nunmehr gelungen ist, die Geltungsdauer der Lohnerböhung um 3 M. auf fünf Wochen herabzudrücken und für die folgenden vier Wochen eine Erhöhung des Spitzenlohns um 1,50 M. zu erreichen, so ist damit unbestreitbar eine Verbesserung des Schiedspruchs erzielt. In der Hauptsache lief die ganze Protestbewegung gegen den am 2. April vom Schlichter selbständig gefällten Schiedsspruch darauf hinaus, diesen Schiedsspruch nach der einen oder andern Richtung hin zu verbessern. In seiner auf neun Wochen bemessenen Geltungsdauer lag der größte Stein des Anstoßes.

Es haben aber auch noch andre Umstände als der bis zum Januarius gesteigerte Widerstand der Prinzipalsführung gegen einen besseren Abschluß des Lohnkampfes gewirkt. Mit der Hilfsarbeiterschaft bestand wiederum volle Einmütigkeit: zentral bei der Ablehnung des Schiedspruchs, örtlich im Vorbegeh oder in den schon getroffenen Kampfmaßnahmen. In einem Industrieverbande könnte das Zusammenarbeiten und Zusammengehen nicht besser sein. Zum ersten Male gab es aber in einer andern Richtung diesmal einen Zwiespalt. Der Guttenbergbund erkannte nämlich den Schiedsspruch vom 2. April an, auch der christliche Hilfsarbeiterverband. Bei den Verhandlungen hat der Vertreter des Guttenbergbundes immer in schärfster Form die Gehilfenforderung mit verfolgt, es hat keinerlei Instimmigkeit gegeben zwischen den einzelnen Richtungen auf Arbeiterseite. Der „Typograph“ vom 4. April brachte auch einen Artikel über die Verhandlung vor dem Schlichter, an dem vom Gehilfenstandpunkte nichts auszufehen war, so gar die „Katastrophenpolitik der Unternehmer“ fand Hervorhebung. Dennoch nahm der Hauptvorstand des Guttenbergbundes mit dem schon gedachten Graphischen Zentralverband am 3. April den Schiedsspruch an, „in der Erwartung, daß während der Geltungsdauer des Schiedspruchs keine weiteren größeren Erhöhungen der Mieten und keine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung eintritt, und daß bei Feststellung einer solchen Verteuerung die Möglichkeit einer Abänderung des Schiedspruchs gegeben sein muß“. Daß diese Vorbehalte für die Prinzipalität nicht mehr Wert haben als eine Papierdekoration, bedarf keiner Worte. Im Guttenbergbunde hat es dann ein böses Durcheinander gegeben. Die Guttenbergbündler in Köln ließen in einer Bunderversammlung die Anerkennung des Schiedspruchs durch ihre Organe-



tion verurteilen, und vom Zentralverbande wurde sogar behauptet, der Schiedspruch sei keinesfalls überhaupt nicht angenommen worden, ein Vertreter habe in der Sitzung des Gutenbergbundes in Berlin unbekannterweise zugestimmt. In Breslau machten die Händler den Vorstoß nicht mit, in Erfurt aber wurden sie mit den Verbandsmitgliedern ausgesetzt usw. Der „Typograph“ hat nun nochmals am 11. April zu der Sachlage Stellung genommen, und zwar in einer Weise, die zu dem Artikel vom 4. April in höchstem Widerspruch steht. Man merkt deutlich, daß jedesmal eine andre Richtung am Werke war. Die am 11. April zum Worte kommende bricht hinterlistig den Stab über das im Verbands jetzt gehandhabte örtliche Vorgehen. Weiter heißt es: Kein Beruf und kein Stand könne seine Interessen wahrnehmen „ohne Rücksicht auf oder gar gegen die Belange der Volksgemeinschaft“, und: „Ein Kampf im Buchdruckergewerbe in der Zeit der Reichstagswahl bedeute eine gewalttätige Korrektur an der Volkmeinung, die bestimmten Kreisen unseres Volkes nicht ganz unwillkommen sein würde“... „Die Vertretung unserer Organisation hat in jeder Phase der diesmaligen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß unsere Organisation den Weg des Kampfes in der Zeit vor der Wahl unter keinen Umständen mit beschreiten würde“... „Weil die Ablehnung des Schiedspruches in ihrer letzten Konsequenz den Kampf im Gewerbe bedeutet, konnte der Hauptvorstand auch aus diesem Grunde zu einem andern Beschlusse nicht kommen.“ Aus einer andern Stelle dieses unheimlichen Artikels wird ziemlich deutlich erkennbar, daß in der Hauptleitung des Gutenbergbundes sich zwei Meinungen gegenüberstehen. Was wir hier in einigen Sätzen zitieren haben und was sonst in dem Artikel zu finden ist (Inflationssprechweisen) stimmt zum Teil gar nicht (Erklärung bei den Verhandlungen über unbedingte Vermeidung eines Kampfes vor der Wahl), läßt ganz ohne Erwähnung, daß doch die Prinzipalität die Voraussetzungen zu dem Konflikt beseitigen könnte, und bringt Anschauungen zur Geltung, die man in der „Zeitschrift“ leicht auch nicht marianter im üblichen Sinne des Wortes finden konnte. Die nun vom Reichsarbeitsminister herbeigeführte Entscheidung spricht ja gegen den Standpunkt des Artikels; was danach im Gutenbergbunde sich abspielen wird, ist nicht unsere Sache. Aber im höchsten Maße bedauerlich und trotz der geringen Zahl von Händlern auch im gewissen Maße abträglich für unsere Aktion ist dieses Vorkommnis auf jeden Fall. Der Reichsarbeitsminister inkliniert gemäß seiner Herkunft ja gern für den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften. Ein noch schlimmeres Merkmal von der letzten Aktion ist aus Erfurt zu verzeichnen. Dort wurde von Prinzipalseite schnell zur Ausperrung übergegangen, eine Notzeitung wurde herausgegeben. Obermaier derselben mußte ausgerechnet ein Buchdrucker sein, der auf dem Nürnberger Verbandstage 1920 die Fahne der Opposition trug in allen Farben Schwanz, dann Geschäftsführer des Erfurter unabhängigen sozialdemokratischen Parteiblattes wurde, im vergangenen Jahre die Prinzipalität in Schrift und Wort wegen ihrer Lohnpolitik in die Pfanne hieb, später in das bürgerliche Zeitungslager abgewandert, und nun als ehemaliger Radikalinski den Oberstreikbrecher gegen seine früher als fesselweich bewerteten Kollegen mimt. In Erfurt war der Kampf wohl am heftigsten entbrannt, und da nun ein solcher Dolchstoß!

Die von unsrer Verbandsleitung an der Spitze dieser Nummer erlassene Bekanntgabe und Klarstellung bedarf unsererseits keiner kommentierenden Worte. Wir bitten aber um allgemeinste Beachtung und müssen im Besondern die Prinzipalität um die entsprechende Reaktion ersuchen. Eine Unternehmertruppe, die nochmals am 27. Februar 20prozentigen Lohnabbau forderte und mit solchem Verlangen sogar in das Schlichtungsverfahren eintrat, kann sich auf die Dauer organisatorisch nicht halten. Am 27. Februar noch 20 Proz. Lohnabbau und am 3. Mai der Spitzenlohn um 16,8 Proz. gegenüber seither 27 Proz. steigend — es ist doch wohl ein nachdenkliches Ding um das Bestehen können der Prinzipalstaktik vor der Öffentlichkeit!

Nach den gesetzlichen Bestimmungen liegt den an dem Lohnstreit beteiligten Organisationen bzw. ihren Organen die Pflicht ob, die Mitglieder zur Einhaltung des rechtsverbindlich erklärten Schiedspruches anzuhalten. Damit ist die Stellung unserer Organisationsleitung und auch des „Korr.“ in der nunmehrigen Situation ohne weiteres gegeben. Das zu begreifen, wird gewiß niemandem schwer fallen, der die verschiedenen Zusammenhänge kennt, die in den Bestimmungen der neuen Schlichtungsordnung verborgen liegen. Es besteht für die Organisation keinerlei Ursache, sich irgendwie regerechtsmäßig machen zu lassen und eventuell die Kasse der Unternehmer zu füllen. Es ist ja nichts Neues, daß Unternehmerverbände oder einzelne Unternehmer Klagen gegen Arbeiterorganisationen vorgehen, um sie auf diese Weise für Schäden haftbar zu machen, die in Bestimmung der gesetzlichen Bestimmungen von einzelnen Mitgliedern verursacht werden. Die massenhaften Gerichtsverfahren in dieser Beziehung vor, und sie mahnen zur höchsten Vorsicht.

Die Protestbewegung in der Gehilfenschaft, das muß schließlich noch gesagt werden, war unbedingt notwendig, denn oft genug mußte man am Verhandlungstisch hören, es werde ja doch alles nur vom Verbandsvorstand künstlich gemacht. Nun hat die Prinzipalität erfahren können, daß sie auf einem Duffan tanzt. Sie möge daher dringend gewarnt sein, im ähnlichen Fahrwasser weiter zu segeln.

### Die neuen Lohnsätze

Die nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches mit Wirkung vom 28. März d. J. sich ergebenden tariflichen Löhne für die Gehilfenschaft und die Lehrlinge sind aus folgender Tabelle zu ersehen; die Löhne für das Hilfspersonal werden in deren eigenen Verbandsorgan („Solidarität“) veröffentlicht.

**Tarifliche Mindestlöhne für die Gehilfenschaft sowie Kassen für die Lehrlinge im deutschen Buchdruckergewerbe vom 29. März bis einschließlich 2. Mai 1924.**

Ordnungszahl	Für Gehilfen						Für Lehrlinge				
	Kohortklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Kohortklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Kohortklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		1. Klasse		2. Klasse		
	Berch.	Rebige	Berch.	Rebige	Berch.	Rebige	Reber	Reber	Reber	Reber	
	in Goldmark										
0	24,00	21,80	21,80	19,44	19,20	17,28	14,40	2,40	5,80	4,80	7,20
2 1/2	24,00	22,14	22,14	19,95	19,08	17,71	14,70	2,45	5,90	4,92	7,38
5	25,20	22,68	22,68	20,41	20,16	18,14	15,12	2,52	5,98	5,04	7,56
7 1/2	25,80	23,22	23,22	20,90	20,64	18,58	15,48	2,58	5,97	5,16	7,74
10	26,40	23,76	23,76	21,38	21,12	19,01	15,84	2,64	5,96	5,28	7,92
12 1/2	27,00	24,30	24,30	21,87	21,60	19,44	16,20	2,70	6,05	5,40	8,10
15	27,60	24,84	24,84	22,35	22,08	19,87	16,56	2,76	6,14	5,52	8,28
17 1/2	28,20	25,38	25,38	22,84	22,60	20,30	16,92	2,82	6,23	5,64	8,46
20	28,80	25,92	25,92	23,33	23,04	20,74	17,28	2,88	6,32	5,76	8,64
22 1/2	29,40	26,46	26,46	23,81	23,58	21,17	17,64	2,94	6,41	5,88	8,82
25	30,00	27,00	27,00	24,30	24,00	21,60	18,00	3,00	6,50	6,00	9,00

Der Händler für Buchdrucker zur Ermittlung ihres Lohnes in Goldmark ist 477.  
Die Entlohnung der Lehrlinge, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag beschäftigt werden, ist in bezug auf eine Stundenlohnabgabe von 3 M. und pro Stunde ein Lohn von 1 M. hierzu kommt der Organisationsbeitrag. Ein Mindestlohn von 6 M. muß jedem Lehrling, auch dem Berufser, bei einer Beschäftigung bis zu drei Stunden gewährleistet werden. Die Hilfsarbeiten erhalten von vorgeschriebenem Lohn 85 Proz. Jede weitere Arbeitsstunde ist mit dem Einheitslohn (Gesamtlohn) dem Lehrling für überstunden und mit der Gehilfenschaft für regelmäßige Sonntagsarbeit zu berechnen, und zwar nach den räumlichen Grundregeln der beschriebenen Lohnabgabe der Tarifparteien vom 4. März 1924 (vgl. Nr. 11 des „Korr.“ vom 8. März d. J.).

### Staatsbürgerliche Verantwortungslosigkeit

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ als „amtliches“ Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins, dessen gesamte Leitung vom untersten Stiff bis zur Spitze die deutsche Republik lieber schon heute als erst morgen in Trümmer leben möchten, erdreistet sich in ihrer Nr. 29 vom 8. April, den Gipfel ihrer weisfremden Polemik gegen die um eine gerechte Entlohnung ringende Gehilfenschaft dadurch zu erklimmen, indem sie zum Schluß ihrer sattem bekannten Abrahamsologie folgende Belehrung der gesamten Gehilfenschaft ins Gesicht schleudert:

Es zeugt von einer grenzenlosen staatsbürgerlichen Verantwortungslosigkeit, sich der Pflicht der Mehrarbeit, die nach dem verlorenen Kriege zur Rettung des Vaterlandes eben unumgänglich notwendig ist, zu entziehen.

Demgegenüber stellen wir fest, daß die Gehilfenschaft während des Krieges, sowohl im Felde wie in der Heimat, im Verhältnis zur Prinzipalität weit größere persönliche und wirtschaftliche Opfer gebracht hat. Die ungeheure Zahl der Toten und Krüppel, die die deutschen Buchdrucker als Opfer des Weltkrieges zu verzeichnen haben, wird von ähnlichen Opfern der deutschen Buchdruckereibeiter weder relativ noch sonstwie auch nur annähernd erreicht. Schon während des Krieges hat die Gehilfenschaft, soweit sie nicht an den Fronten wie in der Heimat ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllte, dem Gewerbe selbst die größten Opfer unter unangenehmen Entbehrungen gebracht.

Nach dem Kriege, besonders in den letzten drei Jahren, wurde sie das Opfer einer geradezu unerhörten Konjunkturpolitik der Lohnbrüder des Deutschen Buchdrucker-Vereins, wie sie rücksichtslos kaum von einer anderen deutschen Unternehmergruppe getrieben wurde. Infolgedessen betrug der durchschnittliche Buchdruckerlohn z. B. schon im Jahre 1922 nur 57 Proz. des Lohnes der Friedenszeit, im Jahre 1923 nur 54 Proz. und seit 1. März d. J. nur 64,7 Proz. Der Durchschnittsarbeiter der Unternehmer im deutschen Buchdruckergewerbe dagegen war im Jahre 1922 im Durchschnitt mit 64 Proz., im Jahre 1923 durchschnittlich mit 60 Proz. und seit Januar d. J. sogar mit 65 Proz. höher als die Friedenspreise. Im Jahre 1922 machte der Lohnanteil an den Produktionskosten nur 14 Proz., im Jahre 1923 nur 15,9 Proz. und seit 1. März d. J. nur 16,8 Proz. gegenüber 40 Proz. im Frieden aus. Gegenüber einem Verhältnis zwischen Lohn und Preis im Buchdruckergewerbe von 1 zu 14 vor dem Kriege war demnach im Jahre 1922 ein solches von 1 zu 6,4, im Jahre 1923 von 1 zu 5,5 und seit 1. März d. J. von 1 zu 5 zu verzeichnen. Infolgedessen haben sich die deutschen Buchdruckereibeiter trotz der un-

heimlichen Not der erdrückenden Mehrzahl des deutschen Volkes gesund an Leib und Vermögen erhalten, hatten im allgemeinen persönlich keine Not zu leiden und wirtschaftlich haben sie ihre Betriebe immer stärker mit Sachwerten ausgerüstet wie kaum ein anderes Gewerbe.

Und nachdem nun auch der Geschäftsgang schon seit Monaten in lobhaftem Aufschwung ist und eine so gute Konjunktur wie noch nie zuvor das Gewerbe begünstigt, und infolgedessen auch die Gehilfen einen bescheidenen Anteil der reichen Erträge ihrer miserabel entlohnten Arbeitsleistungen fordern, da erküht sich die „Reiszeit“, ihnen den belästigenden Vorwurf grenzenloser staatsbürgerlicher Verantwortungslosigkeit ins Gesicht zu schleudern. Wir haben zwar schon oft Gelegenheit gehabt, zu hören und zu lesen, daß sogenannte patriotische Löhne als Mittel der Profitsicherung bei Lohn- oder Tarifverhandlungen von Unternehmerseite mißbraucht wurden; daß es den betreffenden Keldern dabei innerlich ganz wohl war, konnte man bemerken. Und es war daher möglich, solche Ergüsse nur als rhetorische Umhüllung einer innerlich und sachlich schwer zu begründenden Position zu bewerten. Nachdem aber nun die „Reiszeit“ glaubt, ihre und des Deutschen Buchdrucker-Vereins Haltung sozialdemokratisch mit staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit öffentlich zu begründen, muß ein solches Verfahren ebenso offen als eine Verhöhnung des Begriffs staatsbürgerlicher Pflichten gebrandmarkt werden. Denn es würde einer tödlichen Verneinung aller kulturellen staatsbürgerlichen Grundzüge gleichkommen, wenn die staatsbürgerliche Verantwortlichkeit sich darin zu erschöpfen hätte, einem kleinen Kreis von Menschen, wie einigen tausend deutschen Buchdruckerbesitzern, die Lebensinteressen von annähernd 150 000 Arbeitern (mit ihren Familienangehörigen etwa eine halbe Million Menschen) zu opfern, nur daß diese ihre Profite ungeschmälert erhalten und noch vermehren können, während ringsum in Arbeiterkreisen alles in Not und Elend kümmerlich dahinvegetiert.

Das aber ist es, was die Herren des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht sehen und nicht fühlen. Darüber heißen alle Phrasen von staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit usw. nicht hinweg. Wir aber sagen, eine solche Umdeutung staatsbürgerlicher Gesinnung bedeutet den moralischen Ruin des deutschen Volkes. Und deshalb bekämpfen wir diesen volksfeindlichen Geist. Das tun wir aber nicht in der Weise, daß wir mit den Würdigen Vaterland und staatsbürgerlicher Pflichten Geschäfte zu machen suchen und mit profanen Lippenbekenntnissen wie mit Brombeeren um uns werfen, sondern indem wir durch unsere gewerkschaftliche Organisation, durch gegenfeitige kollegiale Hilfe und Treue danach streben, solchen Verzerrungen kultureller Faktoren unsres Volkes nach Möglichkeit den Boden zu entziehen. Und dieser Boden ist unsere Arbeitskraft, die wir allen denen gern und freudig zur Verfügung stellen, die die staatsbürgerliche Verantwortlichkeit nicht nach dem bemessen, was sie der Arbeiterkraft an Lebenskraft und Lebensfreude durch Herabdrückung der Löhne entziehen können, sondern danach, in welchem Maße sie auch im Arbeiter den zum Leben gleichberechtigten Volksgenossen erkennen.

Die Verweigerung der Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich gegenüber einer solchen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, wie sie der Deutsche Buchdrucker-Verein als seiner würdig betrachtet, ist daher keine grenzenlose staatsbürgerliche Verantwortungslosigkeit, sondern eine moralische Notwendigkeit, die weder tariflich noch gesetzlich verboten sein kann und darf, wenn nicht Gesetz und „Recht“ als Hausrechtie privatkapitalistischer Profitsucht mißbraucht werden sollen. Mögen noch so viele Juristen und Profittabakalen mit konfusen Rechtsbelehrungen haustieren gehen, um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, so kann dies alles nichts daran ändern, daß, wenn schon nach ihrer Auffassung die Verweigerung von Mehrarbeit über 48 Stunden hinaus einer grenzenlosen staatsbürgerlichen Verantwortungslosigkeit gleichkäme, die von ihnen selbst betriebene und beabsichtigte Stilllegung der Betriebe durch Aussperrung oder fristlose Entlassung um so unverantwortlicher und staatsfeindlicher ist. Denn für die Arbeiterklasse bedeutet es schon ein großes moralisches Opfer, wenn sie angesichts der strapaziösen Profitsucht dieser Lohnbrüder doch noch ihre Arbeitskraft in 48 Stunden wöchentlich gegen einen gänzlich unzureichenden Lohn zur Verfügung stellt. Das staatsbürgerliche Bewußtsein ist es nicht am kleinsten Teile, daß sie auch heute noch dieses Opfer trotzdem bringen läßt im Interesse des gesamten Volkes. Wird aber dieses Opfer von Unternehmerseite durch Aussperrung vereitelt und verböhnt, dann bedeutet dies eine unverantwortliche Verfühlung an dem guten Willen der Gehilfenschaft auf einer friedlichen Verständigung. Gleichzeitlich ist dies aber auch eine Demaskierung staatsbürgerlicher Gesinnung, die ihre Träger und Bekenner als solche Menschen kennzeichnet, die es verdienen, von der Gehilfenschaft für alle Zeit als wirtschaftliche und politische Todfeinde einer besseren menschlichen Gesellschaft bewertet zu werden.

## Die Protestbewegung gegen den Schieds- spruch des Reichsarbeitsministeriums

### Sau Dresden

Dresden: Den bereits gemeldeten Bewilligungen ist nachzutragen, daß inzwischen noch einige weitere hiesige Druckereien mit in die Listen der Lohnforderung aufgenommen. Drei Zeitungsbetriebe sind wegen hinreichenden Verhaltens stillgelegt worden.

Bautzen: Hier wurde ein voller Erfolg in sämtlichen Betrieben erzielt.

Zittau: Die Durchführung der Kündigung in allen hiesigen Buchdruckereien als Protest gegen den ungenügenden Schiedspruch hat die Anerkennung der Gehilfenforderung auf 35 M. Spitzenlohn (für Zittau mit 17 1/2 Proz. Ortszuschlag 32,90 M.) zur Folge gehabt.

### Sau Leipzig

Leipzig: Die zum 11. April vom Leipziger Prinzipalsverein diskutierte Aussperrung ist befolgt worden von 60 Firmen (darunter alle größeren Werkdruckereien), 5 hatten nur gekündigt, 29 Druckereien haben dagegen trotz Räjischer Hochdruckbearbeitung nicht ausgesperrt und 16 bewilligten. Von 52 meist kleinen Druckereien war am Abend des 11. April noch keine Meldung eingegangen.

### Sau Nordwek

Bremen: Am 9. April nahm hier eine überfüllte Versammlung Stellung zur Lohnbewegung im Gewerbe und ferner zu einem Angebot der örtlichen Prinzipalsorganisation, die durch Kundschriften ihren Mitgliedern eine Kontozahlung empfehlen will. Die Versammlung beschloß, in allen Betrieben, wo die Aufwertung des Lohnes sich in der Spitze unter 5 M. über den Schiedspruch bewegt, mit sofortiger Wirkung außer Überstunden auch die Mehrstunden zu verweigern. Nachzahlung wird unbedingt für die abgelaufene Lohnwoche gefordert. Für Betriebe, die bis Sonnabend abends 6 Uhr die Forderung nicht erfüllt haben, stellte die Versammlung den Streik ab Montag in Aussicht. Inzwischen haben die Zeitungsbetriebe (mit großen Abteilungen) bereits ihre Bereitwilligkeit zur Zahlung erklärt wie auch Nachzahlung für vorige Woche gestelkt.

Kärtingen-Wilhelmsbaven: In Ausführung eines Funktionärbeschlusses wurde am Montag (7. April) sämtlichen Prinzipalen ein Ultimatum der hiesigen Gehilfenschaft übermittelt, das sich in dem Rahmen der zentralen Lohnforderung bewegte. Der vorgelegte „Gefehlsplan“ brauchte nicht völlig abgewidelt zu werden. Verhandlungen am folgenden Tage zeitigten die restlose Anerkennung der zentralen Gehilfenforderung in allen hiesigen sechs Druckereien. Der Erfolg ist um so erfreulicher, als in fast allen Druckereien bis zu 6 M. und darüber über das tarifliche Minimum bezahlt wird.

### Sau Ober

Stettin: Eine vollständig besuchte Versammlung am Sonntag, 6. April, lehnte nach eingehender Beratung den Schiedspruch einstimmig ab und stellte als Forderung 33 M. Spitzenlohn für Stettin ab, unter Festsetzung einer Erklärungsfrist für die Prinzipale bis Dienstagmittag (8. April). Die am gleichen Tage abgehaltene Versammlung nahm die Berichte der Vertrauensleute entgegen, die ein recht günstiges Bild zeigten. Die Gehilfen solcher Betriebe, die nicht bewilligt hatten, beschloßen mit 178 gegen 16 Stimmen den sofortigen Eintritt in den Streik. Am 10. April arbeiteten etwa 200 Gehilfen zu den neuen Lohnbedingungen, 150 befanden sich im Streik. Die Zeitungsdruckereien und eine Anzahl anderer Firmen haben bewilligt. Nur ein Teil Abzahnbetriebe läßt sich von gewisser Seite noch etwas vortauschen resp. hinhalten. Alle arbeitenden Kollegen haben mindestens 5 M. Extrabeitrag pro Woche zu zahlen.

### Sau Rheinland-Westfalen

Rhein: Aus den in den letzten Tagen dem Gauvorstand ausgegangenen Schreiben war zu ersehen, daß in zahlreichen Orten des Gaus die von den Gehilfen nachgesuchten Verhandlungen resp. gestellten Forderungen von den Prinzipalen verschleppt wurden. Infolgedessen gelang es außer in Köln nur in wenigen Fällen Verständigungen zu erzielen.

Leve: Hier werden vorläufig 10 Proz. nach dem für Köln vereinbarten Spitzenlohn (d. h. bei 2 1/2 Proz. Ortszuschlag 35,28 M.) gezahlt.

### Sau an der Saale

Halle: Die in Nr. 31 an dieser Stelle gedachten (der Tagespresse entnommenen) Mitteilungen erfordern Einschränkung dahingehend, daß die Werkdruckereien noch nicht bewilligten.

### Sau Schleswig-Holstein

Kiel: Hier wurden 15 Proz. Zuschlag auf den Schiedspruch verlangt, was einem Spitzenlohn für Kiel von 33,81 M. entspricht. Die Vertrauensleute erhoben diese Forderung gegenüber den Prinzipalen. Erfolgs: Die bürgerlichen Zeitungen zahlten für 53 bzw. 51 Stunden (einschließlich Hauszulage) für Handseher 37 M., Retzeure Maschinenseher und Korrektoren 40,50 M., Rotationsmaschinenmeister 39 M., einschließlich 2 M. Schmutzgeld, Maschinenmeister 37 M., Stereotypseher 38 M., „Kollzeitung“ für 48 Stunden: Handseher 36 M., Maschinenseher 38,50 M., Hilfsarbeiter 30 Proz. der Löhne, in den bürgerlichen Zeitungen 80 Proz. und für Bebearbeitete eine besondere Zulage von 2,50 M., Ledige 2 M. Diese Löhne werden ab 29. März gezahlt. Die kleinen Druckereien haben zum Teil bewilligt, die übrigen werden bestrickt.

## Vor einer neuen Geldentwertung?

Gerade in letzter Zeit tauchen in der Tagespresse immer wieder Gerüchte über eine neue Geldentwertung auf, die bezeichnerweise eine große Verunsicherung in weiteste Kreise des Volkes und besonders in die Arbeiterklasse tragen. Auf der anderen Seite wiederum wird mit allen Mitteln versucht, den Erwartlich des Volkes wieder neu zu beleben, was aber gundhöft noch scheitern muß, weil eben die vorher angeführten Gerüchte das Volk mißtraulich machen.



Es drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Inwiefern sind diese Gerüchte Wahrheit? Für die Beantwortung dieser Frage in behebendem Sinne sprechen verschiedene Anzeichen in unserer gesamten Wirtschaft. Es ist aber Unfug, wenn man sich in einer Versammlung — wie es unwillkürlich in Berlin von dem Vertreter der Opposition geschah — hinstellt und in die Welt hinausruft: „Die Inflation kommt, und sie muß kommen!“ Allerdings: sie kann kommen, wenn die Regierung nicht stark genug ist, jenen Kreisen entgegenzutreten, die in erster Linie von der neuen Inflation einen besonderen Gewinn erwarten. Davon hängt alles ab. Vertritt man die Verelendungstheorie um jeden Preis, so wird man jenen Inflationverdienern auf alle erdenkliche Art Vorschub und Hilfe leisten, und das wäre allerdings ein neues und ganz eigenartiges Verdienst unsrer gott-geordneten Opposition!

Die Regierung hat die Gefahr bereits erkannt und die Kreditgewährung der Reichsbank beschränkt. Unser gesamtes Industrie fehlt es an allen Geld und Erden an flüssigem Betriebskapital, was aber leicht erklärlich ist, wenn man bedenkt, daß während der verflochtenen Inflationszeit alles verfügbare Geld in Sachwerten angelegt wurde, um es vor der Verflüchtigung zu retten. Das hatte im größten Ausmaße unsere Großindustrie (Stinnes usw.) erkannt und durchgeführt. Die kleinen Kapitalisten, einschließlich der Sparkontoinhaber aus Arbeiterkreisen, überließen den großen Besitzern der Inflationsgewinn nicht, sondern sie stießen zum Teil noch Sachwerte ab oder veräußerten überhaupt ihren Sachwertbesitz gänzlich, weil sie durch die Millionen- und Milliarden-Summen verblendet wurden. Zu spät erst erkannten sie, daß sie die Leidtragenden waren, genau so wie die Arbeiterschaft, die für einen Lohn arbeitete, der unter jeder Kritik war, der nur getragen wurde durch die gleiche Verelendung mittels der Millionen und Milliarden.

Wir wissen, daß damals von der Reichsbank ungeheure Kredite gewährt wurden, die zur Zeit der Rückzahlung völlig wertlos waren, also für den Staat einen Verlust bedeuteten, während Industrie und Handel inzwischen durch Sachwertendeckung gesund wurden. Heute wird nun bei der Kreditperre der Reichsbank gesetzt, daß Handel und Wandel zum Erliegen kommen, wenn nicht für flüssiges Geld gesorgt werde, wobei man dem Arbeiter und dem kleinen Mann anrät, wieder zur Sparkasse mit seinen sauer erworbenen Groschen zurückzukehren. Es wird gescholten über die Einkäufe in Arbeiterkreisen und — aber recht saghaft — über den Luxus, der heute „Volkstreife“ erfaßt habe. Nun, der Arbeiter wehlt sich von allem Luxus frei, er hat nicht einmal das Nötendigste. Er kann sich keine Luxus- oder Erholungsreisen leisten wie die Generaldirektoren, die das Geld dazu zum Teil dadurch erst verdienen, daß sie die Arbeiterlöhne auf eine Stufe drücken, die den Arbeitern kaum das Stückchen Brot gewährleisten, geschweige denn Wein- und Vitorgelase, wie sie in jenen Kreisen bei jeder Gelegenheit üblich sind.

Es soll ohne weiteres anerkannt werden, daß zur Aufrechterhaltung der Betriebe unserer gesamten Industrie flüssiges Betriebskapital nötig ist; aber man soll nicht wieder den Staat schröpfen wollen, sondern zunächst einmal den Überfluß an Sachwerten abstoßen, ebenso den der wertvollen Anlagen, um dafür Betriebsmittel einzutauschen. Es ist doch sonnenklar, daß ein Betrieb nicht arbeiten kann, wenn er sein Betriebskapital restlos in Maschinen anlegt; denn er braucht Rohstoffe und Arbeitskräfte und dazu das nötige Geld. Wer sich also dieses notwendige Geld während der vergangenen Wertverwertungszeit festlegte durch Anschaffungen, der muß jetzt diesen Weg zurückgehen, um wieder zu normalen Verhältnissen zu kommen.

Diese Erkenntnis sollte auch den Buchdruckunternehmern aufgehen. Wenn sie ihre Druckereien zu Schriftmagazinen und Maschinenparks ausgestatteten, und wenn sie jetzt über Betriebsmittelmangel klagen, dann ist das nicht Schuld der „hohen“ Löhne, sondern Schuld mangelnder wirtschaftlicher Einsicht. Die Arbeiterschaft hat jedenfalls an der vergangenen Inflationszeit genug. Sie lehnt sich nicht nach den „Rentenmillionen“. Sie ist sich auch bewußt, daß nicht eine Aufbesserung ihres doch kaum zum Leben ausreichenden Buchdrucker durchschneit Lohnes eine neue Inflationsgefahr bildet, sondern daß diese lediglich droht — um mit der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ zu sprechen — von der „grenzenlosen staatsbürgerlichen Verantwortungslosigkeit“ der „Volkstreife“, die da spekulieren, Auslandsreisen machen und überverdienen müssen. Wenn jedoch in einem Lande unter dem Weltmarktstande liegende Löhne schon eine Gefahr für die Währung sein sollen, dann ist in diesem Lande sehr viel faul und das soziale Unrecht riesengroß. Also weg mit dem heuchlerischen Gerede der Ratadore in Wirtschaft und Politik, daß der Hunger der unteren Klassen der beste Stabilisierungsfaktor sei!

Berlin.

Lynceus.

### Wie lösen wir die Ferienaufenthaltsfrage?

Die Ferienfrage steht seit langen Jahren im Mittelpunkt der Erörterungen bei unsern Kollegen. Ich will hier nicht auf die tarifliche Seite der Ferien eingehen, denn wir erwarten von unsern Gehilfenvertretern, daß sie die Ferien nicht abbauen lassen, sondern, was im Interesse des Gewerbes und der Gesamtkollektenschaft liegt, dazu beitragen, daß die Ferien immer mehr ausgebaut werden. Es handelt sich speziell um die praktische Ausführung der Frage, wie die kurz bemessenen Ferien von den Kollegen den Verhältnissen entsprechend am zweckmäßigsten verbracht werden können.

Es gibt nun die verschiedensten Möglichkeiten dafür, z. B. an die See, in das Gebirge oder in irgendeine landschaftlich schöne Gegend, deren es im Reich so viele gibt, die aber im allgemeinen unbekannt

sind. Diese Gegenden und Ortschaften den Kollegen und Gewerkschaftsgenossen während ihrer Ferien zugänglich zu machen, ist das Ziel einer Anzahl Kollegen und Gewerkschaftsangehöriger, die sich zu diesem Zwecke in Groß-Berlin zusammengeschlossen haben. Auch ein Ausw. ausw. zwischen Groß- und Kleinstadt ist in Erwägung zu ziehen. Wie aus früheren Artikeln der Gewerkschafts- und der Arbeiterpresse bekannt, ist dieser Wunsch nicht nur in Berlin vorhanden, sondern über das ganze Reich verbreitet. Es fehlte aber bisher immer die Anreize zu einem Zusammenschluß dieser weitverbreiteten Idee. Um nun einen Anfang in dieser Hinsicht zu machen, ergeht an alle sich hierfür interessierenden Kollegen im Reich das Ersuchen, in ihrem Kreise oder an ihrem Orte oder auch im Ortsrat der DGB dieser Frage näherzutreten.

Es handelt sich zunächst um Überweisung von Adressen mit Angabe der örtlichen Verhältnisse, ob Ferienunterkünfte vorhanden sind und ob welche in Aussicht gestellt werden können, auch wie die Einstellung zu dieser Frage im allgemeinen ist. Der organisatorische Aufbau ist eine späterhin zu lösende Frage und soll sich vielleicht auch über das ganze Reich erstrecken. Zuschriften sind möglichst bis zum 10. Mai d. J. zu richten an Wilhelm Klein, Berlin-Niederlehndorferweide, Spreestraße 16.

### Korrespondenzen

**München.** Am 9. März fand nach längerer Pause wieder eine Bezirksversammlung statt, die von den Kollegen des Bezirks fast vollständig besucht war. Gauvorsitzer Reisinger referierte in leidlich verständlicher Weise über die letzten Lohn- und Tarifverhandlungen. Seine Ausführungen wurden von den Kollegen, fast mit großem Beifall aufgenommen. In der Aussprache wurde von allen Rednern das Verhalten der Prinzipale in der Lohnfrage aufs schärfste verurteilt und betont, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo auch unsere Organisation dem mächtig streikenden Unternehmertum ihre Macht entgegenstellen kann. Unserm Gauvorsitzer wurde mit auf den Weg gegeben, bei den nächsten Lohnverhandlungen dafür einzutreten, daß vor allen Dingen die vielen Stufen zwischen Verbeirateten und Ledigen in der Entlohnung in Fortfall kommen, denn diese sind in keinem andern Gewerbe zu finden. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde von der Versammlung Osterode bestimmt.

**Hs. Werm.** Hervorgehoben durch längere Erkrankung des Vorsitzenden. Ionnie unser Generalversammlung am 9. März abgehalten werden. Kollege Kunz als Vorsitzender gab einen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Kassierer Stockinger erstattete denassenbericht über das vierte Quartal. Der Ortsbeitrag wurde nun geregelt und der Beschluß gefaßt, die in letzter Zeit stark in Mitleidenschaft gezogene Ortsklasse durch eine kleine Nachzahlung für das laufende Vierteljahr etwas aufzuküßeln. Bei der Vorstandswahl lebten der Vorsitzende und der Schriftführer eine Wiederwahl ab; es mußten diese Rollen neu besetzt werden. Als Vorsitzender wurde Kollege Otto Bellinger bestimmt. Im Namen der Versammlung sprach Kollege Stockinger dem auscheidenden Vorsitzenden Kunz den Dank für seine in über 15 Jahre lang während der Tätigkeit geleisteten Verdienste aus. Der Vorsitzende der Lehrlingsabteilung, Kollege Siebbrand, gab dann einen Rückblick über das verlossene Jahr. Einen breiten Raum nahm die Frage der Arbeitszeit in Anspruch. In letzter Zeit richteten fast alle hiesigen Geschäftsleitungen das Ansehen an die Kollegen, 51 resp. 53 Stunden zu arbeiten. Dieses wurde bisher seitens der Kollegen strikte abgelehnt, weil noch eine größere Anzahl Konditionsloser am Plage ist. Die Versammlung gab der Meinung Ausdruck, daß an eine generelle Einführung der verlängerten Arbeitszeit nicht zu denken und an der 48stündigen Arbeitszeit festzuhalten sei. Bemerkenswert noch, daß die Kollegen Julius Dahl, Otto Heinze, Heinrich Hoffmann, Paul Limberg, Matthias Thiel und Hermann Unverzagt im verlossenen Jahr auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken konnten und auf unserm letzten Johannistfest in entsprechender Weise geehrt wurden.

**Dresden.** In der Versammlung der graphischen Arbeiterschaft Dresdens am 20. Februar referierte Gauvorsitzer Freitag über „Achtstundentag und Arbeitszeiterordnung“. Redner gab eingangs einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung. Einzelne Gewerkschaften hatten bereits in der Vorkriegszeit durch Verhandlungen oder auch durch Kampf eine wesentliche Arbeitszeiterabsetzung erreicht. Der Krieg brachte die Revolution und diese den Achtstundentag, kampflös fiel er den großen Massen der Indifferenten in den Schoß. Unersättliche Forderungen und Verforderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete verwirrten und enttäuschten die bis zur Revolution abwärts Stehenden in ihrer Einstellung. Es zeigte sich, daß die Realpolitiker recht befehlen, als ein großer Teil der gemachter Versprechungen nicht eingelöst werden konnten. Die Folge der Unreife im Denken und Handeln war die Zersplitterung in der politischen Arbeiterbewegung. Diese Zersplitterung versuchte man von bestimmter politischer Seite auch in die Gewerkschaften zu tragen. Das deutsche Unternehmertum hat in diesen Erdbeben und in der fürchterlichen Notlage der Arbeiterschaft gute Bundesgenossen. Deshalb nehme es ihm sehr, den seit seiner Einführung bekämpften Achtstundentag wieder zu befehlen. Die Verwilligungen aus dem Friedensvertrag sollten aus den Arbeitermassen herausgeholt werden, während das Groskapital und die Industrie es verstanden haben, sich nun Störern und Unruhm zu drücken. Der Wortgänger ging auf eine Reihe Möglichkeiten ein, die zum Teil betriebs-, orts- und bezirkweise und ohne Wissen der

Organisationen abgeschlossen worden sind in Gegenden, wo man sich sonst nicht radikal genug gebardet konnte. Das Zustandekommen der Arbeitszeitverordnung und besonders deren Auswirkung stelle hohe Anforderungen an die Disziplin der Gewerkschaften. Jetzt gelte es, die schlimmsten Gefahren abzuwehren. Es werde die Zeit kommen, wo wir den Kampf als Widereroberung des Achtstundentages aufnehmen müßten, dazu gehört aber eine enge und festgefugte Gewerkschaftsbewegung. Die Debatte brachte nichts Wesentliches. Unter „Berufsedem“ wurde mit aller Schärfe gegen eine von der sächsischen Regierung erlassene Verfügung Stellung genommen, die bestimmt, daß ab 1. April 1924 ein großer Teil Druckaufträge aus der Privatindustrie weggenommen werde, um diese in die Anstaltsdruckerei Waldheim von Zuchthauseinsassen bespielen zu lassen. Bei der dauernd großen Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe in der Nachkriegszeit ist diese Maßnahme um so unverständlicher, da bereits unter zwei andern Regierungen Sachsen die Durchführung dieser Maßnahme deshalb unterlassen worden ist. Es ist festzustellen, daß die Druckerei im Zuchthaus Waldheim trotz gegenteiliger Versicherungen wesentlich vergrößert worden ist, daß ferner berufsferne Zusätze angelehrt werden. Es wurde lebhaft bedauert, daß eine Regierung ohne Rücksicht auf die Berufsangehörigen überhaupt solche unsolide Maßnahmen durchführt in einem Bundesstaat, wo die Arbeitslosigkeit am härtesten ist. Die Berufsangehörigen, die in vier- bis fünfjähriger Lehrzeit ihren Beruf erlernt haben, überläßt man der Not und dem Elend, und den Injassen der Strafanstalten verschafft man Erleichterungen durch Facharbeit. Der Tragweite dieser Maßnahme war sich die sächsische Regierung sicher nicht bewußt. Eine Entschädigung wurde einstimmig angenommen, die diese Maßnahme scharf verurteilt und die Organisationsvertreter beauftragt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Regierung von der Durchführung abzubringen. Verhandlungen sind bereits eingeleitet.

**Staudan.** Am 23. März fand hier eine Bezirksversammlung statt, an welcher außer den hiesigen Kollegen auch eine größere Anzahl aus Meerane, Werbau und Zwissau teilnahmen. Gauvorsitzender Dertelt (Chemnitz) referierte über: „Was lehrt uns die Zeit?“ Seine überzeugenden Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Aussprache darüber bewegte sich in der Hauptsache im Rahmen der Ausführungen des Referenten. Aekont war aber ganz besonders, daß mit den heutigen Löhnen ein menschenwürdiges Dasein nicht zu erreichen sei. Die Unzufriedenheit in Bezug auf Entlohnung könne nur durch einen entsprechenden Aufbau der Löhntafel beseitigt werden. Der Friedenslohn sei das allermindeste. Bei der Teuerung könne auch dann noch nicht davon gesprochen werden, daß alle Not ein Ende hat.

**Hannover.** Ein seltenes Zusammentreffen verschiedener Jubiläen können wir in diesem Jahre in der hannoverschen Kollegenschaft verzeichnen. Die Buchdruckerkrankenkasse (Erfakasse), der sämtliche hannoversche Kollegen angehören, der auch gleichzeitig eine großzügige wirkende Invaliden- und Witwenkasse angegliedert ist, die sich auch sonst durch hohe Leistungen und niedrige Beiträge auszeichnet, besteht 100 Jahre, der Ortsverein Hannover, der mit seinen über 1400 Mitgliedern heute zu den ältesten Vorläufern untrer Organisation gehört, 75 Jahre, die bestens bekannte Liebertafel „Typographia“ 50 Jahre und die Typographische Vereinigung 25 Jahre. Die hannoversche Gefiltenchaft will die im August stattfindende Würdigung und Feier dieser Jubiläen ihrer Bedeutung entsprechend zu einem großen Ereignis werden lassen und hofft dabei manchen Freund und Kollegen in Hannover begrüßen zu können.

**Reizwig.** (Halbjahresbericht der Schriftschneidervereinigung.) Im letzten Viertel des alten Jahres wurde unser Gewerbe von einer schweren Krise heimgesucht, die seitens der Unternehmer künstlich gestiftet wurde zur schnelleren Durchführung ihrer vereinbarten Ziele. Ohne Rücksicht auf die Eigenart unsres Spezialgewerbes warf man selbst die qualifiziertesten Arbeitskräfte aufs Pflaster und nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft wurde bei stark verringerter Kurzarbeit in den Betrieben gehalten. Durch die Not gezwungen, lehrten wiederum einige unsrer Kollegen dem Schriftschneiderberuf den Rücken und schenken eine Niddehr ab, da sie in ihrer jetzigen Stellung höher entlohnt werden und nicht mehr gewillt sind, so krisenbaste Erscheinungen des Gewerbes mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Nöten zu tragen. Eine Erleichterung in der damals so schwierigen Lage brachte uns die Anforderungen von Arbeitskräften durch die ausländischen Schriftsetzereien, so daß einige Kollegen den heimatischen Boden verließen. Im ersten Viertel des neuen Jahres zog die Konjunktur wieder an. In kurzer Zeit war erneut ein Mangel an Spezialarbeitkräften. Hier war es besonders die Kurzarbeit einiger Schriftsetzereien, die sich zu deren eigenen Schäden auswirkte. Nicht genug, daß man 50 Proz. unsrer Kollegen entlassen hatte, nein, die Verständnislosigkeit der Unternehmer für unsern Spezialberuf ging so weit, daß in einigen Fällen der Besuch der ausnahmsweisen Lehrdrucker zu verzeichnen war. Dank des festen Zusammenhalts und des disziplinierten Verhaltens aller Kollegen konnte diese Mißsit durchkreuzt werden. Wir haben heute noch zwei Arbeitslose. Die Einführung der Goldmarktlöhne brachte für uns Lohnarbeiter insofern einen Rückschlag, weil die Differenz zwischen dem Verdienste des Lohnarbeiters und dem Durchschnittsverdiente des Akkordarbeiters eine weit größere geworden ist. Die Notwendigkeit von Lohnsummenzulagen im Verhältnis zu den Verdiensten ist besonders festzuerkennen, wenn ein weiteres Uebersteigen in andre Berufszweige unterbunden werden soll. Ähnlich mit der Einführung der Goldmarktlöhne war es uns möglich, durch einen kleinen Minderbetrag von 70 Pf. unsre bisher fehlenden Lohnsummenzulagen zu erzielen. Die im Januar abgehaltene Generalversammlung brachte eine kleine Umstellung im Vorstande.

Kollege Behold als zweiter Vorsitzender verbleibt als Beisitzer im Vorstand, an seine Stelle ist der Kollege W. Ullner getreten. Sonst ist die Besetzung des Vorstandes die alte geblieben. Ganz besonders begrüßen die Kollegen die Opferwilligkeit des Kollegen Heise, der trotz großer Überlastung sich wiederum zur Verfügung stellte. Spartenmäßigkeit und Besammlungsbezug spielten sich in den Arbeitsverhältnissen wider. Der Verkehr und die Zusammenarbeit mit den Brudervereinigungen bewachte sich in stets gewohnter Art. Die letzten Gauvorstandswahlen brachten uns bewundernswürdige Differenzen mit dem Gauvorstand. Hoffentlich wird durch entsprechendes Entgegenkommen seitens der Verwaltung dieser Zustand behoben. In der Frage der Beimarkeit hatten wir dank des energischen Eingreifens des Vorstandes neue Fälle nicht zu verzeichnen und findet diese gewerbliche Samstagsruhe in Beizwig keinen gedeihlichen Boden mehr. Die kommenden Reichstagsverhandlungen im September amingnen heute schon die Kollegenschaft zu eifriger Borarbeit, um den dort gestellten Aufgaben im Interesse der Kollegen selbst und des Gewerbes gerecht zu werden und das für uns Günstigste herauszuholen.

**Oberer Schwarzwald.** Die am 23. März in Rottweil a. N. nach längerer Pause abgehaltene Bezirksversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Es waren fast alle Kollegen aus sämtlichen Druckorten (Oberndorf, Schwenningen, Löffingen, Freudenstadt, Spaichingen, Troßingen, Schramberg, Rottweil, Horb) anwesend, aus Willingen und Triberg, was hier noch besonders anerkennend bemerkt sein möge. Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden Kollmann (Oberndorf), der die Anwesenden von der Vertrauensmännerversammlung am Vorabend in Kenntnis setzte, referierte Gauvorbeiter Klein (Stuttgarter) in leicht verständlicher und überzeugender Weise über „Gewerbliche und organisatorische Zeitfragen“. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt und beifällig aufgenommen. In der sich anschließenden Diskussion wurde speziell das bei den letzten Lohnverhandlungen am 27. Februar seitens der Prinzipale an den Tag gelegte, jeder Beschreibung spottende unsolide Verhalten, an den jetzigen Löhnen noch weiter abzubauen, die sonstigen Hungerlöhne sind, trotzdem die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel in letzter Zeit erheblich im Preise gestiegen sind und noch weiter steigen werden, von sämtlichen Anwesenden aufs schärfste verurteilt. In der dem Gauvorstand überreichten Resolution kam deutlich zum Ausdruck, daß die Kollegen bei Nichterfüllen ihrer Forderungen selbst vor einem Kampf nicht zurückschrecken. Der Bezirksbeitrag beträgt jährlich 1 M. Außerdem wurde gewünscht, jährlich zwei Versammlungen abzuhalten. Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung, die voraussichtlich im Oktober nach der Verbandsgeneralversammlung stattfinden wird, wurde Freudenstadt vorgeschlagen.

**Flauen i. B.** Zur Bezirksversammlung am 30. März hatten sich 136 Kollegen aus den Druckorten Flauen, Olsnis, Greis, Reichenbach, Myslau, Reischlau, Auerbach, Falkenstein, Marxneustädten und Klinsenthal im „Schillergarten“ zu Flauen eingefunden. Gegen 2 Uhr eröffnete Vorsitzender Kober mit begrüßenden Worten die Versammlung und erstattete einen kurzen Bericht über das abgelaufene Jahr; hierauf erhielt unser Gauvorsitzender Dertelt (Chemnitz) das Wort zu seinem Vortrag: „Was lehrt uns die Zeit?“. Seine trefflichen, klaren Worte fanden ungestillte Aufmerksamkeit und reichen Beifall. Die anschließende Aussprache war sehr lebhaft und brachte manches neue und beachtliche Anregungen. Im großen und ganzen war in der Aussprache ein starker Mißton vorherrschend, weil unsre Unternehmer trotz des allgemein guten Geschäftsganges bei den Lohnverhandlungen so wenig Verständnis für die Notlage der Gefilten gezeigt haben. Es wurde allgemein gewünscht und bestimmt erwartet, daß durch eine angemessene Lohnerhöhung den Buchdruckern eine Erleichterung im Kampfe ums Dasein gegeben werde. Zum Bezirksvorsitzenden wurde Kollege Kober wieder- und zum Stellvertreter Kollege Linker neugewählt. Im Schlußwort erwähnte der Vorsitzende zur Ruhe und Besonnenheit; er betonte, daß dadurch mehr erreicht werde als durch überreißtes Vorgehen.

**Schweidnitz i. Schl.** In einer außerordentlichen Bezirksversammlung am 3. März konnten wir nach längerer Pause unsern Gauvorsitzender Fiedler begrüßen, der uns ein treffliches Bild der Lage im Buchdruckgewerbe gab. Eine längere sich anschließende Aussprache wird F-ffürung geschaffen haben. Die tarifliche Lage am Orte ist nach schwerer Zeit wieder normal; Arbeitslose sind zur Zeit keine vorhanden, nur zwei junge Kollegen sind in einem andern Beruf tätig. Der Zusammenhalt unter den Kollegen ist zu wünschen übrig, jedoch ist zu hoffen, daß die stabilen Verhältnisse auch hier bessernd wirken werden.

**Schneidmühl.** In der außerordentlichen Versammlung am 24. Februar, zu der auch die Nachbarorte eingeladen waren, berichtete Kollege Nemitz (Stargard) über die Bezirksvorsitzenderversammlung. Der Referent, dessen Ausführungen die Kollegen mit Interesse gefolgt waren, gab in seinen Schlußworten der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen weiterhin fest zusammenstehen mögen, denn nur dadurch könnten die Mängelsachen der Prinzipale, insbesondere des Tarifkreises XI, zunichte gemacht werden. Nach reger Aussprache wurde festgestellt, daß einige Prinzipale ihr Personal von auswärts heranziehen, trotzdem genügend Arbeitslose am Orte vorhanden sind. Bei Konditionsangeboten sind unbedingt vorher beim Gauvorsitzenden Gustav Meinke, Gletlin, Kronprinzstr. 22 III, Erkundigungen einzuholen.

**Wedel.** Unsere Generalversammlung, die wir in Folge der politischen Vorgänge in der Platz erst am 8. März abhalten konnten, war nicht besuch. Kollege Dittsch erstattete Bericht über die Funktionen der hiesigen Bezirksvorsitzender, die sich in der Hauptsache mit Lohnfragen beschäftigte. Die alte Vorstandschaft wurde mit einer



Ausnahme wiedergewählt, und zwar die Kollegen Ditsch als erster Vorsitzender und Walter als Kassierer. Kollege Köhler, der als zweiter Vorsitzender wiedergewählt wurde, gehört nun 25 Jahre dem Ausschuss an, davon befristete er 15 Jahre den Posten des Bezirkskassierers. Die Versammlung nahm Stellung zu dem in der Anilinfabrik in Ludwigshafen entbrannten Kampf um den Achtstundentag und hofft, daß unsern vorliegenden Kollegen, die mit in dieser Bewegung stehen, die Gemächertenunterstützung gewährt wird. Infolge Neugründung einer Tageszeitung ist die Arbeitslosigkeit am Ort etwas zurückgegangen.

### Allgemeine Rundschau

**Der Streit im Schriftsetzergewerbe.** Wie schon in Nr. 30 mitgeteilt, sind die in den Schriftsetzereien Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 2. April in den Streit getreten. Es kommen etwa 450 Personen in Betracht. Am 9. April haben die Schriftsetzereibesitzer auf dem Streit Stellung genommen. Sie ließen den Streikenden erklären, daß sie in der Arbeitseinstellung einen Tarifbruch erblicken und erst dann in tarifliche Verhandlungen eintreten würden, wenn die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt ist. Wenn den Streikenden von den Unternehmern irgendeine Gewähr dafür geboten worden wäre, daß sie auf Zugeständnisse bei den Verhandlungen rechnen können, dann würde auch die Arbeit einstweilen wieder aufgenommen worden sein. Da jedoch die Unternehmer in der beantragten Erhöhung des Spitzenlohns um 20 Proz. keine Grundlage zur Verständigung erblicken, da diese Forderung weit über das Maß dessen hinausläuft, was sie „aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen“ glauben verantworten zu können, haben die Streikenden in ihrer Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt sind, ohne eine bestimmte Angabe, auf welcher Basis verhandelt werden soll, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es wurde ferner beschlossen, den Streit mit aller Entschiedenheit durchzuführen, bis die Schriftsetzereibesitzer das nötige Entgegenkommen in der Lohnfrage zeigen. Inzwischen ist es im Schriftsetzergewerbe in Hamburg und teilweise auch in Leipzig zu Ausparierungen gekommen.

**Unternehmeramt.** Folgende Mitteilung eines Berliner Warrers, die wir der „Sollbarität“ entnehmen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Behandlung, die Unternehmer im graphischen Gewerbe einem im Betriebe alt und grau gewordenen Arbeiter zuteil werden lassen: „Mitte Februar geleitete ich auf den Friedrich-Werderschen Kirchhof einen 79jährigen Mann zu Grabe. Er war seines Zeichens Steindrucker gewesen. In diesem Beruf, der mit schwerer körperlicher Anstrengung verbunden ist, hat er 57 Jahre ununterbrochen im Dienst ein und derselben Firma gestanden, einer größeren Steindrucker in Reakölln. Als der Krieg begann, wurde er entlassen, ohne jede Pension oder sonstige Vergütung. Anspruchlos und beschiden, wie er war, nahm er es ohne Murren hin, obwohl er zu Hause eine seit elf Jahren gelähmte Frau liegen hatte. Er hat dann noch während des Krieges als Steindrucker bei andern Firmen Arbeit gesucht und gefunden, bis es nicht mehr ging. Die Liebe und Anhänglichkeit seiner Kinder bewahrte ihn vor Not und Entbehrung und hat es zuzure gebracht, daß dieser Mann bis zu seinem 80. Lebensjahre unverdorrt blieb. Dabei hat er während seiner 57jährigen Tätigkeit bei der einen Firma nicht einmal Urlaub gehabt; er ist nie krank gewesen! Und wenn er aus Anlaß der Konfirmation seiner Kinder je einmal einen Tag von der Arbeit wegblich, hat er sich müssen einen Lohnabzug gefallen lassen.“ Ein Kommentar hierzu erübrigt sich.

**Verwirklichte Erhöhung der Postzeitungsgebühren.** Nach einer Zuschrift des Reichspostministeriums an den Verein Deutscher Zeitungsverleger bleiben die derzeitigen Einnahmen aus den Gebühren für die Zeitungen hinter den Ausgaben der Post für den Zeitungsdienst erheblich zurück. Es soll daher unerlässlich sein, daß eine angemessene Erhöhung dieser Gebühren vorgenommen wird, die die Postverwaltung, die fortan als selbstständiges wirtschaftliches Unternehmen des Reiches ihren Betrieb und ihre Wirtschaft so zu ordnen habe, daß ihr Haushalt ins Gleichgewicht gebracht wird. Der Segen der antimarxistischen Forderung der staatlichen Gemeinwirtschaft der Reichsbetriebe soll sich nun in der Weise zeigen, daß ab 1. Juli d. J. neben Wiederzulassung des vierteljährlichen Bezugs durch die Post die Gebühren im Zeitungsverkehr um das Mehr- bis Zwösfache erhöht werden sollen. Da die in Frage kommenden Einzelsätze noch nicht endgültig sind und noch dem zuständigen Verwaltungsrat zur definitiven Entscheidung unterbreitet werden sollen, nehmen wir vorläufig davon Abstand, sie zu veröffentlichen. Es ist anzunehmen, daß da noch Abträge vorgenommen werden. Jedenfalls ist aber schon aus diesen Mitteilungen zu ersehen, daß die „kaufmännischen“ Grundätze, von denen insbesondere die Zeitungsverleger bei Festsetzung ihrer Bezugspreise in hervorragender Weise schwärmen, sehr zweischneidig sind, wenn sie verallgemeinert werden und auch auf die Reichs- und Staatsbetriebe übertragen werden. Und wir wünschen dem Verein Deutscher Zeitungsverleger, der gegen die geplante außerordentliche Erhöhung der postalischen Zeitungsgebühren ganz energisch Front machen will, sehr gern einen guten Erfolg.

**Beilegung des Berliner Konflikts zwischen Ärzten und Krankenkassen.** Zwischen den Krankenkassen und Kassennärzten bestand schon seit längerer Zeit ein Streit, der beiden Teilen große Opfer auferlegte. Nach längeren Verhandlungen sind nunmehr Bedingungen vereinbart worden, die in

absehbarer Zeit Friedensschluß erwarten lassen. Es bleiben danach die Ambulatorien bestehen, was die Einführung und den Ausbau der Familienversicherung erleichtert. Der Berliner Kassennärzterein wird von der ärztlichen Organisation anerkannt. Für die Kassennärzterpraxis ist eine fünfjährige Ortsanfängigkeit Bedingung. Alle im Dienste der Stadt, des Staates oder des Reiches usw. besoldeten Ärzte scheiden aus der Kassennärzterpraxis aus, ebenso jene, die nicht ein gewisses Mindestmaß kassenärztlicher Tätigkeit im Jahre erreichen. Die Kassennärzte nehmen die Behandlung der Kassennachbeter zu gewissen Mindestsätzen sofort auf, ihre Bezahlung erfolgt durch die Krankenkassen. Über den Abschluß eines neuen Vertrags treten die Parteien bis zum 1. Juli d. J. in Verhandlungen ein. Diese Bedingungen bedeuten für die Krankenkassen einen wesentlichen Erfolg.

**Ein empfehlenswertes Erholungsheim.** Das dem Verein Genesungsfürsorge in Mannheim gehörige Genesungsheim Tretenhof, Post Seelbach, Amt Lahr (Baden), wird nach einundneinhalbjähriger, durch die Zeitverhältnisse gebotener Unterbrechung am 15. April wieder eröffnet werden. Dasselbe ist nach den Satzungen des Vereins bestimmt, weiblichen Arbeitern und Angestellten, welche in Betrieben des Groß- und Kleingewerbes, des Handels und der Schifffahrt beschäftigt sind, sowie sonstigen Personen, die diesen nach der Art ihrer Beschäftigung und sozialen Stellung gleichstehen, einen Erholungsurlaub zu ermöglichen. Die Aufnahme in das Genesungsheim erfolgt entweder durch Vermittlung der betreffenden Firmen und Krankenkassen oder für Nichtmitglieder (Selbstzahler) durch direkten Antrag bei der Verwaltung des Vereins in Mannheim A 2, 3a, Telefon 819. Das Genesungsheim Tretenhof, welches inzwischen einer Neubearbeitung unterzogen wurde, bietet infolge seiner ruhigen und gesunden Lage einen durch langjährige Kurerfolge bewährten Aufenthalt mit bester Verpflegung und freier ärztlicher Behandlung einschl. Medikamente usw. Die Leitung untersteht einer erfahrenen, seit 23 Jahren in den Genesungsheimen des Vereins tätigen Oberin. Der Verpflegungsbeitrag beträgt für Mitglieder 3,20 Goldmark und für Nichtmitglieder (Selbstzahler) 3,60 Goldmark pro Tag.

**Stinnes gestorben.** Eine Todesnachricht, die Karl's Kuffchen in Deutschland und im Auslande, aber wenig innere Teilnahme hervorruft wird! Wie in der Tagespresse mitgeteilt wurde, ist Hugo Stinnes, ein Industriefürst, der sich wie kein zweiter an Deutschlands Not in der Krieges- und Nachkriegszeit beteiligt hat, am 10. April nach kurzem, schwerem Leiden verstorben. Dieser, die Konjunktur in allen Ländern der Welt förmlich schauwergende Großverdiener soll äußerlich ein bescheidenes Aussehen zur Schau getragen haben, aber desto unbeschriebener war sein innerer Druß nach rückwärtsloser Entfaltung großkapitalistischer Triebkräfte. Sein brennender Ehrgeiz, im politischen Leben eine Rolle zu spielen, ließ es Stinnes geraten erscheinen, zahlreiche Zeitungen aufzukaufen, um mit ihrer Hilfe die Öffentlichkeit in seinem Interesse zu beeinflussen. Darüber hinaus erstreckte sich die Stinnesfirma auch auf das graphische Gesamtgewerbe, einschließlich der Papierherstellung. Stinnes hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. Er erblickte am 12. Februar 1870 in Wülheim (Ruhr) als Kind einer bekannten reichen Kohlenhändler- und Reederei-Familie das Licht der Welt. Schon sein Großvater hatte es im rheinisch-westfälischen Wirtschaftsleben zu weitreichendem Einfluß gebracht.

**Deutsche Kapitalflucht ins Ausland.** Nach dem der Reparationskommission erstatteten Bericht des Reichs-Rena-Ausschusses, der die deutsche Kapitalflucht ins Ausland zu untersuchen und Mittel und Wege zur Rückführung der gestohlenen Kapitalien vorzuschlagen hatte, werden die deutschen Guthaben im Auslande auf 6 1/2 Milliarden und der Besitz der Ausländer in Deutschland auf 1 bis 1 1/2 Milliarden geschätzt. Eine Möglichkeit, die deutschen Kapitalien ins Ausland zurückzuführen, liegt der Aussichts nur in der Schaffung einer stabilen Währung in Deutschland. Außerdem wird die Gewährung von Straffreiheit vorgeschlagen und bei der Zeichnung von Anteilen in fremden Devisen besondere Bedingungen zu stellen.

**Zum Weltspracheproblem.** Von interessanter Seite wurden wir gebeten, auf die Bestrebungen hinzuweisen, die gegenwärtig bei Dublin und Esperantisten lebhaftest Förderung finden, weil sie eine vernunftgemäße, wissenschaftliche Lösung des Weltspracheproblems durch ein allgemeines internationales Komitee bezwecken. Dieses Komitee soll seine Arbeiten aufnehmen auf Grund der Forderung, daß das internationale Proletariat eine gemeinsame Sprache braucht, die 1. die nationalen Sprachen ersetzen kann auf jedem Gebiete der internationalen Beziehungen hauptsächlich in der revolutionären Bewegung des Proletariats und in der Wissenschaft; 2. das geeignetste Ausdrucksmedium ist für die sich gegenwärtig entwickelnde geistige Kultur; 3. von allen Menschen in kürzester Zeit zu erlernen ist, selbst ohne besondere Vorbildung. Das einsetzende Komitee soll nach wissenschaftlichen experimentellen Methoden arbeiten, um endlich den Konkurrenzkampf zwischen Dublin und Esperantisten aus der Welt zu schaffen, der nur den Fortschritt hemmt und obendrein eine unnütze Kräftevergeudung darstellt.

**Deutsche Arbeiterjugend als Bettler im Ausland?** Vom Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben: Die Not der letzten Zeit, besonders die große Arbeitslosigkeit, brachte bereits im vergangenen Sommer jugendliche Arbeiter in größerer Anzahl auf den Gedanken, ihr Glück im Auslande zu versuchen. Da die uns umgebenden Länder, besonders die deutschsprachlichen, selbst überaus an Arbeitskräften hatten und ja auch noch haben, konnte nicht der erdunnenemäße Weg der Einreise begangen werden, sondern man überquerte die Grenze „kloppend“, d. h. ohne Paß und ohne Einreisegeld. Besonders aus Deutsch-Österreich und aus der Tschechoslowakei kamen immer und immer wieder Mitteilungen darüber, daß junge deutsche

Arbeiter die Unterstützung der dortigen Arbeiter- und Jugendorganisationen in Anspruch nehmen. Da nämlich an ein Arbeitsfinden nicht zu denken war, so, um man sich mehr schlecht als recht mit Musikanten, Sängern und Läufern und nahm die Einrichtungen der Arbeiterkassen wie auch Volksbühnen, Verbergen usw. in Anspruch. Mehr unternehmungslustige Gruppen von Wandrerern machten an den Grenzen des deutschen Sprachgebietes nicht halt, sondern durchzogen den Balkan, Italien und wanderten sich im Norden auch Skandinavien zu. Bemerkenswert dabei werden, daß es sich durchaus nicht nur um jugendliche Arbeiter hierbei handelte, sondern auch Säugler und Studenten verjüngten zahlreich, ihre Ferien auf ähnliche Weise billig zu verbringen. Dem einzelnen oder der kleinen Gruppe, die solche Fahrten unternimmt, wird in der Regel nicht zum Bewußtsein kommen, welche Hindernisse durch solche Betteifahrten bei der Bevölkerung des jeweils in Frage kommenden Landes hervorgerufen werden. Man muß ausländische Arbeiter, die viel in ihrem Land herumkommen, hören, um die öffentliche Meinung kennen zu lernen. Überall stimmend kommt dabei immer wieder zum Ausdruck, daß das Ansehen der Deutschen im Ausland leidet, wenn ganze Gruppen junger Menschen in die Welt hinausziehen, um die Willkürlichkeit anderer Völker in Anspruch zu nehmen. Auch vor dem Kriege waren es junge Deutsche, Handwerker nach beendeter Lehrzeit meistens, die ganz Europa durchstippelten und dabei, soweit keine Arbeit zu bekommen war, mit „Rechten“ ihr Leben fristeten. Die heutigen „Tippelfahrten“, in der Wandervogelsprache „große Fahrt“ genannt, sind aber etwas wesentlich anderes geworden. Zunächst einmal werden sie unternommen, auch wenn durchaus feststeht, daß an Arbeitsfinden nicht zu denken ist. Dann aber wirkt die heutige Wander „Kluft“ untrer Jugend mit, diese Fahrten in anderen Ländern zu einer sehr auffallenden Anwesenheit zu machen, während der frühere Handwerksburche sich möglichst wenig öffentlich bemerkbar machte. Schon bei uns im Lande sieht man sich noch erstaunt nach solchen Leuten um, die meinen, durch eine wallende Mähne und vielleicht auch noch durch einen Anflug von Christusbart im zarten Knabenansicht ihre höhere Geistigkeit dazun zu müssen. Es läßt sich leicht vorstellen, wieviel mehr diese Erscheinungen in Ländern wirken, die solchen Anblick überhaupt noch nicht gewöhnt sind. Kommt hierzu noch die durch lange Benutzung unreinlich gewordene Wäsche und Kleidung, so ist es erklärlich, daß manche dieser Wanderer für eine Art von Blauern gehalten werden, die merkwürdigerweise aus Deutschland stammen. Diese „großen Fahrten“ haben aber nicht nur eine dem deutschen Ansehen schädliche Wirkung — man erinnere sich nur des Rufes, den italienische Gipsfigurenhändler und sowjetische Kaufmannsbesitzer vor dem Kriege bei uns hatten —, sondern bringen die jugendlichen Wanderer selbst auch in unangenehme Situationen. Wer als Deutscher ohne Paß und ohne Einreiseerlaubnis im Ausland betrogen wird, wird verhaftet und eingesperrt. In Rumänien wurde im vergangenen Jahre eine Wandergruppe wegen Spionageverdacht festgesetzt. Die deutschen Konsulate sind nicht in der Lage, den Ansprüchen nach Unterkunft und Verpflegung der Wandernden zu entsprechen; Not und Entbehrung sind dann die Folgen. Wer solchen ungewissen Schicksal ergehen will, der unternahme keine „wilde Fahrt“ ins Ausland. Die Verbände der Jugend und auch die Gewerkschaften sind aber auf der andern Seite in der Lage, den berechtigten Wünschen ihrer Mitglieder nach Kennenlernen fremder Länder und Völker zu ent-

sprechen. Dann wird, auf vorbereitet in Verbindung mit den ausländischen Organisationen, die Reise einen solchen Verlauf nehmen, wie sie sowohl dem einzelnen Teilnehmer, wie auch dem Ansehen unfres Volkes am dienlichsten ist.

**Verschiedene Eingänge**

Die „Sozialistische Halbmonatsschrift“ herausgegeben von Karous, 9 Jahrgang, 2. Band, Nr. 27 bis 31. Preis 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

**Briefkasten**

**Synopsis:** Mit Ergänzung eröffnet wir Tabernakel. — H. G. in G.: Ihr Brief traf erst ein als die betreffende Nummer im Druck lag. Wir hatten der „Zeitschrift“ diese Mitteilung erlassen. So ist leider zu sagen, daß wir über die Stellungnahmen zum Schlußbericht direkt nur wenig und auch nur langsam unterrichtet werden konnten. Hätten wir nicht überall gestiftet und nicht viel Umstände gehabt, dann hätten die Kollegen auch früher und in viel geringerer Umfang ein Bild von dem Stande der Dinge erhalten können. Wenn aber eine denartige Informationsmeldung nicht vollständig zugestrichen hat, dann wird der „Korr.“ täglich angefallen. Es müßte es noch kommen! — H. K. in H.: 1. Geben dankend ab. Die Zusammenfassung meines Referates ist Ihnen ja bekannt, wir müssen die nächsten nehmen. 2. Ich bin hoch interessiert am „Zeitschriftenreferat“ abzugeben; konnten uns nur als Berichterstatter betätigen. — H. D. in G.: Auf gewisse Schaltungen und Wahrnehmungen im gegenwärtigen Referat hat erst nachher eingegangen werden. — O. G. in D.: 3. 1. 1. 1.

Telegraphische Mitteilung für den „Korr.“. Wir bitten abermals darum, Telegramme, die für die Redaktion des „Korr.“ bestimmt sind, nicht persönlich an einen der Redaktionskollegen zu richten, sondern die Aufschrift Redaktion des Korrespondent, Leipzig, Königstraße 7, zu wählen. Der Hauptempfänger, in dem die ganze Redaktion besteht, ist so umfangreich und von Tausenden von Firmen besetzt, die miteinander gar nicht in geschäftliche Verbindung kommen, daß die Telegrammempfänger oft gar nicht in der Lage sind, ein persönlich abgefaßtes Telegramm sofort an die richtige Stelle zu bringen. Dadurch treten so große Verzögerungen in der Auslieferung der Zeitsammen ein, daß ihr Zweck häufig verfehlt ist, weil sie zu spät in die Hände der Redaktion gelangen.

**Adressenveränderungen**

Kassel. (Maschinenscher-Vereinigung Bezirk Kassel.) Vorsitzender: H. Kuhn. Gräber Weg 11. 17. Kasseler: Heinrich Gesele, Jakobstraße 2. Kassel. Vorsitzender: Kurt Eichhorn, Dobeles, Albrechtstraße 21, I.; Kasseler: Kurt Reich, Kassel, Mühlstraße 5, I. Kassel. (Kasseler und Ort.) Vorsitzender: Wilhelm Hilde, Klosterstraße 40, II. Kassel. (Ort und Bezirk.) Kasseler: Gottlieb Meyer, Wesel, Dichter 7, III.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwanderungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse): Im Gau Mitteldeutsch die Geber: 1. Karl Baum, geb. in Heilberg 1904, ausgol. dal. 1915; 2. Harry Dreißorn, geb. in Wertheim a. M. 1900, ausgol. dal. 1909; 3. Peter Reich, geb. in Kirchheim bei Heilberg 1904, ausgol. in Heilberg 1911; 4. Fritz Spahr, geb. in Heilberg 1908, ausgol. dal. 1922; die Drucker: 5. Otto Hilde, geb. in Heilberg 1900, ausgol. dal. 1919; 6. Karl Kaller, geb. in Mannheim 1900, ausgol. dal. 1918; 7. Otto Reich, geb. in Heilberg 1904, ausgol. dal. 1922; waren schon Mitglieder. — Friedrich Conrad in Mannheim, P. 4, 4-5.

**Versammlungskalender**

Waldenburg i. Schl. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, Centnerbrunn. — Beiträge bis 6. Mai an den Vorsitzenden.

Die nächste Nummer erscheint Mittwoch, 16. April. Die erste nach Ostern fällige Nummer wird erst Donnerstag, 24. April, zur Ausgabe gelangen.

Anzeigengebühr: die sechsgespaltene Zeile zu Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 60 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

**Anzeigen**

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzählung auf Postfach (Leipzig Nr. 633 25).

**Dresdner Buchdruckerverein**  
Montag, den 14. April, abends 7 Uhr,  
im „Reichspalast“, Schäferstraße:  
**Mitgliederversammlung**  
Tagesordnung:  
„Stellungnahme zum Lohnkonflikt“  
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.  
Der Vorstand.

**Perfekte Werkzeher**  
Sofort ins Berechnen gesucht. Ausführliche Angebote erbeten.  
Geilse, Pöb., Naumburg a. d. S., Wenzelspromenade 7.

**Linozypseher**  
mit guten Maschinenkenntnissen sofort gesucht. Angenehme Stellung. [143]  
J. Schlichter Buchdruckerei, Bad Oldesloe b. Hamburg.

**Linozypseher**  
tüchtige, korrekte  
**Linozypseher**  
erste Maschinenkenntnis mit längerer Praxis, zum sofortigen Antritt geeignet. [129]  
„Preussischer Anzeiger“, Schwerin (Meckl.).

**Typographischer**  
Kasseler Bezirksdruckerei, Mannheim. [111]

**Zehn Mark über Minimum**  
bieten wir einem sehr tüchtigen, guten  
**Typographen**  
(U-B). Guter Maschinenkennner und -pfleger. Desgleichen suchen wir einen tüchtigen Metzger für geschmackvolle, zweckmäßige Zusammenstellung einer mittleren Tageszeitung, gegen angemessene Bezahlung. Möbliertes Zimmer vorhanden. Antritt sofort oder später.  
Off. Zuschriften erbeten unter Nr. 157 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7.

**Alzidenzseher**  
Wir suchen für möglichst sofort einen tüchtigen [161]  
**Alzidenzseher**  
Off. Angebote erbeten an „Mündener Zeitung“, Minden.

**Linozypseher**  
in gut bezahlte, angenehme Dauerstellung für sofort gesucht. Bewerbungen mit Lohnansprüchen nur korrekter Zeher mit guter Maschinenkenntnis (Tippeldruck) an die [152]  
„Eldenburgische Landeszeitung“, C. m. d. S., Eldenburg i. C. bei Dramen.  
Ein tüchtiger

**Typographischer**  
und ein  
**Handseher**  
für sofort gesucht. [113]  
H. F. Schlichter Buchdruckerei, C. m. d. S., GutsMuths.

**Schweizerdegen**  
mit Lehrberechtigung, welcher besonders im Druck Gutes liefert, von kleiner, gut eingerichteter Druckerei in Vertriebsstellung der angemessenen Lohn gesucht. Ferner wird perfekter, lediger  
**Alzidenzseher**  
und Hilfsarbeiter oder Anzeigerin eingestellt. Kenntnisse im Schneiden von Matrizen bei einem der gesuchten Gehilfen, Rollers Buchdruckerei, Chemnitz i. Th. (Werrabahn).

**Maschinenmeister**  
für Illustrations-, Werk- und Plattendruck sofort in Dauerstellung gesucht. [117]  
Fr. Gerold's Buch-, Pöbner i. Th.

**Schilder f. Blei, Holz, Linoleum Winkelhak., Seblin., Schiffe**  
Verf. d. Bild-Verh. d. Druck Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.  
**Johann Maier** (a. Blage a. d. Elbe) [111]  
a. Blage a. d. Elbe, München 8, Salomonstraße 7.

Nach einem schweren Krankheitslager verstarb unser lieber Kollege, der Gebirgsroutenpost (150) **W. H. Hölbe** aus Trebbin, im Alter von 26 Jahren. Wir werden ihm Reis ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen der Firma Dr. Spöler & Co. („Kasseler Blätter“), Berlin.

Am 6. April verstarb unser lieber Kollege, der Geber **H. Köbler** aus Hamburg, im Alter von 69 Jahren; am selben Tage unser lieber Kollege, der Geber **Herrn. Boett** aus Gagar b. Pöblich, im 49. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Buchdruckerverein in Naumburg i. Thür.